

An den Präsidenten des EU-Parlaments

Herrn Martin Schulz

Willy-Brand-Ring 1

D-52477 Alsdorf

Betr. Angedachte Verschärfung des Waffenrechts in den EU-Staaten durch das EU Parlament.

Sehr geehrter Herr Präsident,

anlassbezogen zu den Terroraktionen des IS in der EU, insbesondere in Frankreich, sehen sich Teile des EU-Parlamentes genötigt die Waffengesetzgebung der einzelnen Mitgliedsländer an sich heranzuziehen und drastisch zu verschärfen. Dieses Vorhaben kommt einer Diskriminierung der Bürger in der gesamten EU gleich. Hier werden Terroristen mit loyalen Staatsbürgern in einen Topf geworfen. Eine unglaubliche Unterstellung! Aus meiner Sicht ein blindwütige Aktion, welche eine Entmündigung der Bürger in sich trägt. Meinen denn diese Parlamentarier mit der Entwaffnung der Bürger den Terrorismus eindämmen zu können? Wer daran glaubt, glaubt auch noch an den Weihnachtsmann. Nein es trifft wieder mal die Falschen! Die Terroristen gehen nicht in einem Land der EU ins nächste Waffengeschäft, legen dort Ihre Legitimation vor, lassen sich drei-vier Kalaschnikows, ein Sack voll Handgranaten, und 3000 Schuss Munition aushändigen? Diese Waffen kommen auf ganz anderen Wegen in die EU. Fakt scheint mir am ehesten, dass Staaten wie Saudi- Arabien, die Türkei, Katar, also Islamische Staaten den IS und sonstige Terrororganisationen fördern und bestmöglich mit allem benötigten Equipment versorgen. Dies sind im Übrigen genau die Staaten zu denen die BRD bestmögliche Geschäftsbeziehungen unterhält und mit Waffen aller Art versorgt. Wie perfide und krank ist das denn? Will man womöglich diese Aktion über arabische Sender und Zeitungen der ISIS zur Kenntnis bringen und erwarten, dass diese verblendeten Spinner mit einen Lachkrampf hinter Ihrem Maschinengewehr tot zusammenbrechen? Oder steckt da noch ganz was anderes dahinter. Rechnet das EU-Parlament langfristig mit Zuständen in Europa, welche ähnliche Auswirkungen erzeugt wie die Französische Revolution? Will man in Anbetracht solcher Erwartungen vorsorglich alle Waffen aus Privatbesitz entfernen um bestmöglich jedwede Gegenwehr auszuschließen um, so abgesichert die Bevölkerung unter der Knute zu halten. Allmählich beschleicht mich die Sorge um die Qualifizierung der EU-Parlamentarier für diese Ämter. Sollte hier nicht von Zeit zu Zeit der Gesundheitszustand dieser Politiker einer Überprüfung unterzogen werden?

Ihrer geschätzten Stellungnahme sehe ich mit Interesse entgegen und verbleibe

mit freundlichem Gruß